

Gegenstand des Antrags:

Berliner Schulen fit für die Digitalisierung machen!

Der Landesvorstand der CDU Berlin möge auf seiner Klausurtagung am 09. und 10. März 2018 beschließen:

Die Berliner CDU fordert den Senat auf, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von CDU/CSU und SPD formulierte **„Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung“** und den damit verbundenen Anschluss von Schulen an das Glasfasernetz bis zum Jahr 2021 auch in Berlin umsetzen zu können. Dazu soll der IT-Dienstleister des Landes Berlin, das ITDZ, unverzüglich mit den notwendigen zusätzlichen personellen, fachlichen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um entsprechende Prozesse für die Umsetzung des ambitionierten Ziels etablieren zu können. Derzeit dauert die Anbindung eines (!) Verwaltungsstandortes bis zu 6 Monate, teilweise sogar länger. Ohne eine unverzügliche Vorbereitung der flächendeckenden Anbindung ist der vollständige Anschluss der 776 allgemeinbildenden Schulen in Berlin ausgeschlossen. Berlin darf nicht auch noch im Bereich der „digitalen Schulen“ die „rote Laterne“ tragen.

Begründung:

Die künftige CDU/CSU-SPD-Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorzubereiten und zugleich das Lernen in der Schule zu verbessern und zu modernisieren. Dazu sollen Schulen im Rahmen des gemeinsamen Digitalpaktes Schule von Bund und Ländern so ausgestattet werden, dass die Schülerinnen und Schüler in allen Fächern und Lernbereichen eine digitale Lernumgebung nutzen können, um die notwendigen Kompetenzen in der digitalen Welt zu erwerben.

„Bund, Länder und Schulträger werden gemeinsam die erforderliche IT-Infrastruktur und die für digitales Lernen erforderlichen Technologien aufbauen.“ (Zitat Koalitionsvertrag, Zeile 1170 – 1172). Den Ländern und Kommunen sollen dafür 3,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode zur Verfügung gestellt werden.

Zusätzlich wird der flächendeckende Ausbau mit Gigabit-Netzen angestrebt. Der Netzinfrastrukturwechsel zur Glasfaser soll umgesetzt werden. *„Schulen, (...) werden wir bereits in dieser Legislaturperiode direkt an das Glasfasernetz anbinden. Dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Telekommunikationsanbietern und Staat erforderlich.“* (Zitat Koalitionsvertrag, Zeile 1634 – 1637).

Das landeseigene Glasfasernetz, das in enger Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) zur gemeinsamen Nutzung von Wissenschaft und Verwaltung stetig weiter ausgebaut wird, wird vom IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) in weitgehend vorhandene Kabeltrassen im öffentlichen Straßenland verlegt. Grundlage hierfür ist ein entsprechender Beschluss der Landesregierung (Senat von Berlin) vom 14.06.1994. Die technische Überwachung der Glasfasern (einschließlich Störungsmanagement) liegt einheitlich beim ITDZ.

Antragsteller:

Carsten Spallek